

Fritz Edlinger:

Die weltweite Debatte um den UN-Beitritt Palästinas lässt die unerträgliche israelische Besatzungspolitik fast vergessen

Die seit Monaten weltweit geführte Debatte um den UN-Beitritt Palästinas lässt die brutale und seit Jahrzehnten unveränderte Besatzungs- und Unterdrückungspolitik Israels fast vergessen, erklärte der Generalsekretär der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) in einer heute veröffentlichten Erklärung. Er wolle dahingestellt lassen, ob sich dahinter eine gezielte Absicht jener verberge, welche de facto und de jure an der Aufrechterhaltung des Status quo im israelisch-palästinensischen Konflikt interessiert sind. Es sei eine unbestreitbare Tatsache, dass trotz zahlloser sogenannter Vermittlungsversuche seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein absoluter Stillstand eingetreten sei, was natürlich im Interesse Israels, des absolut dominierenden Teil des Konflikte, liege. Die Verantwortung liege aber auch bei den im sogenannten Nahostquartett vertretenen Mächten USA, Europa, Russland und der UNO. Wie auch die letzten Erklärungen dieses Klubs, der übrigens weitgehend in einem völkerrechtlich undefinierten Raum agiert, beweisen, seien von dieser Seite keinerlei wirklich zielführenden Vorschläge zu erwarten. Das Gremium stehe unter dem massiven Einfluss der USA, die de facto bedingungslos auf Seiten Israels stehen, und der Vertreter des Quartetts, der ehemalige britische Premierminister Tony Blair, habe längst bewiesen, dass er nicht willens und in der Lage ist, hier konstruktive Beiträge zu leisten. Er erwarte sich daher von jenen, die tatsächlich eine faire und völkerrechtskonforme Lösung des Konfliktes wünschen, konkrete Schritte, die zu einer sofortigen Ablöse Blairs und einer baldigen Auflösung des Quartetts führen, erklärte Fritz Edlinger. Hier könne Europa gemeinsam mit aufstrebenden Staaten wie Brasilien, Indien und Süd-Afrika eine zukunftsweisende Rolle in der internationalen Politik spielen.

Vergessene Opfer des Konfliktes: die palästinensischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen

Ein Beispiel für diese Strategie des Vergessens und Verschweigens stelle das Schicksal der nach wie vor mehr als 6.000 palästinensischen Häftlingen in israelischen Gefängnissen dar. Diese werden unter Bedingungen festgehalten, die den meisten der einschlägigen internationalen Normen widersprechen, ganz abgesehen davon, dass viele aufgrund völlig willkürlicher Verfügungen festgehalten werden. Die ohne ordentliche Gerichtsverfahren verhängten sogenannten „Administrativhaftstrafen“, welche teilweise auf mehrere Jahre ausgedehnt werden können, sei eines von vielen Beispielen. Auch werde von der Internationalen Staatengemeinschaft und den Medien kaum mehr zur Kenntnis genommen, dass Israel zahlreiche Kinder und Frauen festhält. Derzeit seien das 251 Kinder und 37 Frauen. Völlig inakzeptabel sei auch die Tatsache, dass Israel gegenwärtig 20 gewählte Abgeordnete zum Palästinensischen Legislativrat, dem palästinensischen De facto-Parlament, gefangen hält. Erst vor wenigen Tagen sei im Gebäude des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Ost-Jerusalem der Jerusalemer Abgeordnete Ahmad Attun verhaftet worden. Diese Maßnahmen zeigten, dass es der israelischen Führung nach wie vor um keine friedliche und politische, sprich gewaltlose, Lösung des Konfliktes mit den Palästinensern gehe sondern um eine Unterwerfung des Palästinensischen Volkes unter seine auf Expansion und Landraub ausgerichtete Politik.

Fritz Edlinger verwies darauf, dass in Protest gegen diese willkürliche und rechtswidrige Vorgangsweise Israels die meisten der palästinensischen Gefangenen vor knapp zwei Wochen in einen Hungerstreik getreten seien. Es ist zu bedauern, dass davon die internationalen Medien kaum Notiz genommen und auch die Regierungen der Internationalen

Staatengemeinschaft keine nennenswerten Aktionen dagegen unternommen haben. Der GÖAB-Generalsekretär solidarisierte sich ausdrücklich mit dieser Aktion des zivilen Widerstandes und Ungehorsames und forderte die Mitgliedstaaten der gegenwärtig in New York tagenden UNO, vor allem aber auch die EU und die Österreichische Bundesregierung auf, eine sofortige Untersuchung der Haftbedingungen palästinensischer Gefangener in Israel einzuleiten. Solange eine derartige Politik seitens der israelischen Regierung in Abwesenheit der Aufmerksamkeit der Welt betrieben werden kann, blieben alle vollmundigen Bekenntnisse zu einer Lösung des Nahostkonfliktes völlig unglaubwürdige Worthülsen, hieß es abschließend in der Erklärung der GÖAB.

Wien, 11.10.2011

(4.576 Zeichen)

P.S.: In der Beilage übermitteln wir einen aktuellen Kommentar des von Hanan Ashrawi geleiteten palästinensischen Menschenrechtszentrum Miftah.